

# GEFEIERT UND GEFÜRCHTET: DIE PRAXIS DER NATIONAL- SOZIALISTISCHEN DIKTATUR IN BROMBACH, HAAGEN UND HAUINGEN

## Zwischen Begeisterung und Ernüchterung: Die nationalsozialistische Herrschaft in den drei Ortschaften

### Einleitung: Das dreifache Versprechen der NSDAP

Die NSDAP konnte ihre Macht 1933 in den drei Ortschaften alles in allem relativ ungefährdet und ohne größere Widerstände etablieren. Sie vermochte zwar die (personal-) politischen Ziele gerade in Haagen und Hauingen nicht auf ganzer Linie durchzusetzen. Insgesamt aber konnte sie sich in den drei Ortschaften auf eine breite Mitgliederbasis, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichte, und eine große Wählerschaft stützen, hatte sie doch in Brombach wie in Haagen und Hauingen überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen können.<sup>1</sup> Die Bereitschaft, sich in die neue Herrschaft einzufügen und sich gewissermaßen selbst „gleichzuschalten“, war deshalb auch in Brombach, Haagen und Hauingen zu Beginn des „Dritten Reiches“ relativ groß. Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft fußte also keineswegs primär auf Terror und Zwang, so wichtig das Element der Gewalt und Unterdrückung für die Stabilität der Diktatur auch war.

Mit anderen Worten: Während die NS-Herrschaft von den einen gefürchtet wurde, wurde sie von den anderen gefeiert. Die

Attraktivität der NSDAP, deren Machtübernahme von vielen Deutschen geradezu mit Heilserwartungen verbunden war, beruhte dabei auf drei zentralen Versprechen: der Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und -elend, der Überwindung der politischen, sozialen und konfessionellen Spaltungen in einer zukünftigen „Volksgemeinschaft“ und der Revision des Versailler Vertragswerks, das als kollektive Demütigung und Erniedrigung empfunden worden war.

Nunmehr an die Macht gelangt, mussten sich die Nationalsozialisten allerdings an ihren Versprechen messen lassen. Denn die NS-Herrschaft war keineswegs ein Selbstläufer, sondern musste sich in der Praxis durch konkrete politische Erfolge beweisen. Zudem mussten die Nationalsozialisten durch das Auftreten ihrer führenden Protagonisten demonstrieren, dass sie sich anders verhielten als die angeblich eigenützigen, unfähigen und nur auf die Interessen ihrer eigenen Partei und Klientel bedachten Vertreter des verachteten „liberalen Systems“. Wie in der Forschung vielfach belegt ist<sup>2</sup>, hing es dabei ganz wesentlich von den konkreten kommunalpolitischen Maßnahmen, der Fähigkeit und dem Erscheinungsbild der lokalen NSDAP sowie von



Spätestens im Sommer 1933 befanden sich die Gemeinden Brombach, Haagen und Hauingen fest in der Hand der NSDAP. Hier ein Aufmarsch von SA, HJ und SS vor dem Brombacher Rathaus anlässlich der sogenannten Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933. (Abb. 26)

den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen vor Ort ab, ob es den Nationalsozialisten gelang, sich die Sympathie großer Teile der Bevölkerung zu erhalten und eine akzeptierte Herrschaft zu errichten. Im Folgenden wird geschildert, wie die Nationalsozialisten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik agierten und sich die ökonomischen und wirtschaftlichen Ver-

hältnisse in den drei Ortschaften entwickelten. Außerdem wird das konkrete Verhalten der NSDAP und ihrer führenden Vertreter vor Ort genauer unter die Lupe genommen. Ebenso wird beleuchtet, auf welchen Feldern die Politik der NSDAP auf Zustimmung bzw. Ablehnung stieß und auf welchen Personen und Organisationen sie in den drei Ortschaften beruhte.

## Gemischte Bilanz: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik

### „Arbeit und Brot“: Die nationalsozialistische Verheißung von Wohlstand und Konsum

Zu den zentralen Versprechen des Nationalsozialismus vor der Machtübernahme gehörte es, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, die Wirtschaft wieder zu beleben und die soziale wie materielle Lage der Menschen zu verbessern. Dieses Versprechen, dem die Nationalsozialisten mit der Wahlkampfparole „Arbeit und Brot“ eine einprägsame Formel gegeben hatten, war einer der Gründe für ihre wachsende Popularität im Gefolge der Weltwirtschaftskrise gewesen. Die NSDAP wusste daher, dass die Belebung der Wirtschaft und die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Armut von großer Bedeutung für die Stabilität der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Popularität im Volk sein würden. Dies galt umso mehr, als nicht zuletzt Adolf Hitler selbst sich nach der Machtübernahme bei öffentlichen Großauftritten als Freund der Arbeiterschaft darstellte und eine kommende goldene Ära des steigenden Konsums für alle Schichten des Volkes verheiß.<sup>3</sup> Den Worten mussten jetzt also Taten folgen. Dabei sollte sich bald zeigen, dass die Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Armut nicht ganz so einfach realisiert werden konnten, wie es sich die örtlichen Nationalsozialisten vorgestellt hatten.

### Begrenzte Impulse: Die Politik der Arbeitsbeschaffung

Zu den wichtigsten Programmpunkten der Nationalsozialisten in den Krisenjahren der Weimarer Republik hatte die Forderung nach öffentlich finanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gezählt. Dem Teufelskreislauf aus vermindertem Konsum und sinkender Produktion infolge des rigiden Sparkurses des Kabinetts Brüning sollte durch die Stimulierung von Produktion, Einkommen und Nachfrage mittels öffentlicher Aufträge eine Wendung in die entgegengesetzte Richtung gegeben werden. Mit diesem Ziel, das in der Weltwirtschaftskrise von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten geteilt wurde und eine Art Frühform des Keynesianismus darstellte, scheiterten NSDAP, SPD und KPD jedoch lange am Widerstand des bürgerlichen und rechtskonservativen Lagers, das der Konsolidierung des Haushalts und der Bekämpfung der Inflation den Vorrang gab. Auch in dieser Hinsicht entbehrt es daher nicht einer gewissen historischen Tragik, dass die Nationalsozialisten just zu einem Zeitpunkt die Staatsgewalt erlangten, als sich die Notwendigkeit von schuldenfinanzierten Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft letztlich auch bei den politischen Akteuren auf Reichsebene durchgesetzt und die Reichsregierung erste Programme zur Arbeitsbeschaffung aufgelegt hatte. So sah zum Beispiel das sogenannte Sofort-Programm, das die seit dem 2. Dezember 1932 amtierende neue Regierung unter Reichs-



kanzler General von Schleicher am 15. Dezember verkündete und just zwei Tage vor der Machtübernahme endgültig im Kabinett verabschiedete, Gelder in Höhe von 500 Millionen Reichsmark für öffentliche Arbeiten wie Instandsetzungsreparaturen, Straßenbauten und Meliorationen (Maßnahmen zur Gewinnung und Verbesserung von Böden) vor. Die Nationalsozialisten stockten diese Programme zwar mit Hilfe der beiden umfangreichen „Reinhardt-Programme“ vom 1. Juni und 21. September 1933, die insgesamt das für die damalige Zeit große Volumen von 1,5 Milliarden Reichsmark umfassten, noch einmal erheblich auf. Ein Teil des nachfolgenden Konjunkturaufschwungs ging deshalb tatsächlich auf ihr eigenes Konto. Dennoch profitierte das Kabinett Hitler in erheblichem Maße von Maßnahmen, die bereits von den Vorgängerregierungen eingeleitet worden waren. Diese wurden nun allerdings allein den Nationalsozialisten gutgeschrieben.<sup>4</sup>

Das konkrete Ausmaß der Arbeitsbeschaffungsprogramme variierte gleichwohl stark von Ort zu Ort und hing von den kollektiven Einstellungen der lokalen Einwohnerschaft gegenüber staatlichen Investitionen und von den haushaltspolitischen Spielräumen der jeweiligen Gemeinde ab, denn die Arbeitsbeschaffungsprogramme mussten vor allem von den Gemeinden finanziert werden. Diese Beobachtung gilt zum Beispiel für die Stadt Lörrach in ihren damaligen Grenzen<sup>5</sup>, aber auch für Brombach, Haagen und Hauingen, wo die Gemeindeverwaltungen in dieser Frage ganz

unterschiedlich agierten. Vor allem in Brombach nahm die Gemeinde eine größere Summe für die Finanzierung einer umfangreicheren Arbeitsbeschaffung in die Hand, mit der die Adelhauserstraße vom Ortsausgang bis zur Einmündung in die Kreisstraße ausgebaut und verbreitert werden sollte. Damit wollte die Gemeinde auf den stark gestiegenen Auto- und Fuhrwerksverkehr auf dieser viel befahrenen Straße reagieren. Als das Kabinett Schleicher am 15. Dezember 1932 das „Sofort-Programm“ ankündigte, nutzte die Gemeinde die Gelegenheit unverzüglich und begann in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt noch vor dem 30. Januar 1933 mit den entsprechenden Planungen. Am 3. Februar legte das Wasser- und Straßenbauamt des Bezirksamts einen Kostenvoranschlag vor, der Kosten für die Gemeinde in Höhe von 26.000 Reichsmark beinhaltete.<sup>6</sup> Obwohl es sich dabei um einen stattlichen Betrag handelte, schreckte dies weder Bürgermeisteramt noch Gemeinderat und Bürgerversammlung davon ab, das Projekt in Angriff zu nehmen: Sowohl Gemeinderat als auch Bürgerversammlung beschlossen am 7. bzw. 8. Februar 1933 einstimmig, trotz der großen Haushaltsprobleme ein Darlehen von 26.000 Reichsmark zur Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffung aufzunehmen.<sup>7</sup> Darlehensgeber war die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, die im Auftrag des Reichs einen Teil der Arbeitsbeschaffungsprogramme verwaltete. Deutlich spürbar ist in diesem Zusammenhang der Wille aller Beteiligten, der Apathie, die sich nach der Schließung der Gebrüder

Abschrift		Betrag	
B. d. Wasser- u. Straßenbauamt Lörrach Gemeinde Brombach		Mk.	Pfg.
<u>Kostenveranschlag</u>			
über			
die Verbesserung des Adelhauserweges von Brombach bis zur Einmündung in die Kreisstraße Nr. 9 auf Gemarkung Brombach.			
<u>Vorbemerkung:</u>			
Die Gemeinde Brombach beabsichtigt, den sogen. Adelhauserweg der im Ort von der Landstraße 49 (Wiesetalstraße) abzweigt und bei der Kreuzung km. 3,250 in die Kreisstraße Nr. IX einmündet auf eine Fahrbahnbreite von 5,00 m zu bringen. Derselbe weist einen starken Auto- und Fuhrwerksverkehr auf. Er hat zur Zeit eine Breite von 4,00 und 4,20 m und soll dahier vom Ortsausgang Brombach bis zum Waldanfang auf eine Länge von rd. 1400 m auf der rechten Seite um 80 cm und vom Waldanfang bis zur Einmündung in die Kreisstraße Nr. IX auf der linken Seite um 1,00 m verbreitert werden bei einer Länge von rd. 2100 m. Für diese Verbreiterung ist ein Gestück von 18 cm Stärke vorgesehen bei 10 cm Stärke der Schotterdecke, welche mit einer Dampfwalze zu befestigen ist. Gleich am Ortsausgang von Brombach befindet sich eine Erhöhung des Weges, so dass das Wasser an jener Stelle stehen bleibt und das Gelände bei heftigen Niederschlägen unter Wasser setzt. Die Fahrbahn soll daher am höchsten Punkt um 60 cm tiefer gelegt werden auf eine mittlere Länge von 50 m. Ausserdem ist auf die Länge dieser Tieferlegung rechts und links des Weges ein Erdabtrag zur besseren Uebersicht erforderlich.			
Die Kosten dieser Herstellung werden betragen:			
1.	Sprengen von Felsen in der Fahrbahn zwecks Tieferlegung des Weges am Ortsausgang. Die Steine sind seitlich zur Wiederverwendung zu lagern. zus. 50,00 + 0,30 + 5,00 $\frac{1}{2}$ = rd. 75 cbm 75, cbm den cbm zu 3,50 Rm =	263.	-
2.	Erdabtrag rechts und links dieser Stellen zur besseren Uebersicht. Die Masse ist abzuführen und einzubauen. zus. 5,00 + 2,00 + 1,50 = 15 cbm 80,00 + 0,50 + 1,00 = 40 "	110.	-
3.	Erdauhub für das Gestück der Fahrbahnverbreiterung vom Ortsausgang Brombach bis zum Waldanfang auf eine Länge von 1400 m. Die Erdmasse ist abzuführen und einzubauen. zus. 1400 + 0,28 + 0,80 = rd. 315 cbm 315 cbm, den cbm zu 2 Rm =	630.	-
4.	Erdauhub für das Gestück der Fahrbahnverbreiterung vom Waldanfang bis zur Einmündung in die Kreisstraße Nr. IX auf eine Länge von rd. 2100 m zus. 2100 + 1,00 + 0,28 = 590 cbm 590 cbm, den cbm zu 1,20 Rm =	708.	-
5.	Liefern, Befuhr und Abladen des Gestücks aus Kalksteinen 18 cm stark frei Baustelle. zus. 1400 + 0,18 + 0,80 = rd. 200 cbm 200 cbm, den cbm zu 4,00 Rm =	800.	-
6.	Liefern, Befuhr und Abladen des Gestücks aus Kalksteinen 18 cm stark frei Baustelle. zus. 2100 + 0,18 + 1,00 = rd. 380 cbm 380 cbm, den cbm zu 4,00 Rm =	1520.	-
7.	Einsetzen, Abköpfen und Werkeilen des Gestücks zus. 1400 + 0,80 u. 2100 + 1,00 = 3220 qm 3220 qm, den qm zu 0,35 Rm =	1127.	-
8.	Liefern, Befuhr und Abladen von Walzschotter aus Kalkstein 45/60. zus. 3220 + 0,10 + 5,00 = 1610 cbm. 1610 cbm, den cbm zu 6,50 Rm =	10465.	-
zu übertragen		15823.	-

Kostenvoranschlag des Wasser- und Straßenbauamts Lörrach zur Erweiterung des Adelhauserweges vom 3. Februar 1933. Es war die einzige nennenswerte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme in den drei Ortschaften. (Abb. 27 und 28)

Grossmann AG im Oktober 1931 über dem Ort ausgebreitet hatte, ein Zeichen des Überlebenswillens entgegenzusetzen. Dies kam auch in dem Schreiben des Bürgermeistersamts für das Bezirksamt Lörrach vom 8. Februar 1933 zum Ausdruck, in dem es um die Genehmigung des Projekts bat. Darin begründete es das Vorhaben mit der großen Not, in welche die Gemein-

de nach der Stilllegung der Gebrüder Grossmann geraten sei.<sup>8</sup>

Nach der Verabschiedung durch die kommunalen Gremien wurde das Projekt relativ zügig realisiert. Zunächst arbeitete das Bürgermeisteramt in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt einen Antrag aus, der von der Rentenbank-Kreditanstalt am 9. März 1933 grundsätzlich genehmigt wurde.